

«Wir brauchen einen neuen Generationenvertrag»

Uster Am Ustertag waren zwei prominente Redner eingeladen. In der reformierten Kirche sprachen sie von Opferbereitschaft, Freiheit – und Wein.

Eduard Gautschi

Die Pandemie hat schon manchen einen Strich durch die Rechnung gemacht. So auch dem Ustertag-Komitee, welches 2020 mit dem Hauptredner Martin Scholl, CEO der Zürcher Kantonalbank (ZKB), das 150-Jahr-Jubiläum der Bank gebührend würdigen wollte. Aber nicht nur wegen des Jubiläums, sondern auch, weil die Gründung der ZKB ohne den Ustertag vielleicht so nicht stattgefunden hätte.

Nachdem am 22. November 1830 in Uster gut 10000 Männer gegen die Bevormundung durch die Stadt Zürich demonstriert hatten, wurde schon vier Monate später eine neue Verfassung im Kanton in Kraft gesetzt. 37 Jahre später forderte das Volk erneut mehr Rechte und die Gründung einer staatlichen Bank. Drei Jahre später war es so weit. Die erste Filiale der ZKB wurde am 22. Februar 1870 eröffnet.

Am Sonntag stand in der reformierten Kirche Martin Scholl, CEO der vor 151 Jahren gegründeten Bank, als Hauptredner des Ustertags auf der Empore. Er widmete seine Rede dem Thema «Wir brauchen einen neuen Generationenvertrag». Folgende drei Hauptforderungen gelte es zu bewältigen: die Altersvorsorge, den Zustand des Staatshaushaltes und den Klimawandel. Betroffen von allen drei Themen seien vor allem «unsere Kinder und Kindeskinde», meinte er.

Handeln, als wäre man betroffen

In allen drei Bereichen, sei das bei der AHV, der Staatsverschuldung oder dem Klima, kam er zum Schluss, dass es vor allem an einem fehle: Die Einsicht, dass sich Probleme nicht dadurch lösen lassen, indem man sich nicht ernsthaft um sie kümmere. «Wir müssen so handeln, als wären wir betroffen wie unsere Kinder», sagte Scholl.

Es genüge nicht, wenn die Menschen nur eine grosse Opferbereitschaft für die eigenen Kinder an den Tag legen, aber eine stark beschränkte, wenn es um die anonymen Folgegenerationen gehe. Allen Bevölkerungsgruppen sei schonungslos deutlich zu machen, welche die beste und fairste Lösung für alle Beteiligten sei.

Die drei Problemfelder «stellen die Gesellschaft und Politik vor die Gewissensfrage»: Soll man handeln und an der Urne herausfinden, ob ein finanziell



Ein Banker als Ustertag-Redner: Martin Scholl, CEO der Zürcher Kantonalbank, auf der Empore. Foto: Christian Merz

nachhaltiges System eine Chance hat und die Stimmberechtigten den Reifegrad besitzen, dem Generationenvertrag neues Leben einzuhauchen? Oder aber man verharrt «aus Angst vor Abstimmungs- und späteren Wahlniederlagen in mentalen Denkblockaden im vorausweisenden gegenüber vermeintlichen – und ich betone vermeintlichen – Ansprüchen gewisser Gruppen. Den Schweizer Weg der vergangenen Jahre beschrieb er mit: «Nachhaltigkeit interessiert nicht, weil diese vermeintlich nicht mehrheitsfähig gewesen sein soll.»

Flüssiger Finanzausgleich

Vor 191 Jahren habe es Mut und Tatkraft gebraucht, um sich in Uster zu versammeln und für die eigenen Interessen einzustehen. «Aber es lohnte sich», so Scholl.

Das gelte auch heute noch. Es brauche Mehrheiten für Reformen und Massnahmen, die schmerzen, aber die Generationengerechtigkeit wieder herstellen. «In der ersten Säule versprechen wir uns

Renten von Kindern, die wir nicht hatten. In der zweiten Säule zahlen wir uns Renten aus Kapital, das uns nicht gehört. Und in der dritten Säule sparen wir zu wenig, weil uns keiner zwingt.» Das sei alles andere als zielführend.

Der Stäfner Handel als Initiator einer liberalen Verfassung

Wie der Vorredner, der Stäfner Gemeindepräsident Christian Haltner (FDP), einleitend erklärte, hat der Stäfner Handel einen direkten Bezug zum Ustertag. Letztes Jahr jährte er sich zum 225. Mal. Pandemiebedingt wurde dem Stäfner Handel mit einem Jahr Verspätung gedacht. «Stäfa war damals das revolutionäre Zentrum gegen die Obrigkeit der Stadt Zürich», sagte Haltner.

Rädelsführer verhaftet

Am rechten Zürichseeufer hatte sich damals eine Oberschicht gebildet, die vom Kanton mehr Rechte einforderte. Sie berief sich dabei auf alte Freiheiten, verlangten die «Gleichstellung aller Bür-

ger, die Gewerbe- und Bildungsfreiheit, die Ablösung der Feudallasten und die Wiederherstellung der alten Gemeindefreiheiten.» An erster Stelle stand die Forderung nach einer Verfassung. Als darüber am 19. November 1794 in einer Geheimkonferenz in Meilen diskutiert wurde, verhaftete die Regierung die Rädelsführer. Die Situation eskalierte. Auf das Gerücht, dass sich die Landbevölkerung bewaffne, schickte die Regierung am 4. Juli 1795 4000 Mann und besetzten die Gemeinden für zwei Monate militärisch. Die Landbevölkerung kam zum Schluss, dass die Obrigkeit eine Hand zu demokratischen Strukturen bietet, was sich am Ustertag vom 22. November 1830 im Memorial

bedankte und den Traubensaft als «flüssigen Finanzausgleich» bezeichnete.



niederschlag, in dem eine neue Verfassung gefordert wurde. Schon im März 1831 wurde die neue Verfassung in Kraft gesetzt.

Revolutionärer Geist im Wein

Haltner fragte sich, was wir daraus heute lernen können: «Man kann Freiheit haben, und man kann Freiheit geben. Für beides muss man kämpfen.» Er wünschte der Versammlung, dass sie am Apéro in der Landihalle den von Stäfa gespendeten Wein geniessen solle. Aber Vorsicht: «Vielleicht steckt in ihm noch etwas von dem revolutionären Geist von damals. Also geniessen sie nicht nur, sondern lassen sie sich davon infizieren.» (gau)

Der Nebel lichtete sich für den Ustertag

Zu den Gepflogenheiten des Ustertags gehört der Empfang der Redner durch den Stadtrat hoch oben im Schloss. Stadtpräsidentin Barbara Thalmann schwärmte im Rittersaal dem Hauptredner Martin Scholl vor, welch tolle Aussicht auf die Stadt von der Zinne möglich sei. Leider, so meinte sie, dürfe die Zeit kaum ausreichen. Das noch grössere Hindernis aber blendete sie aus: Zur Mittagszeit war Uster noch völlig im Nebel verhüllt. Die aufkommende Festfreude war es dann wohl, die die Schwaden gegen 13 Uhr vertrieb. Die Stadtpräsidentin packte die Gelegenheit beim Schopf – und mit dieser den ZKB-Chef.

Getrübe Sicht im Pulverdampf

Nach der Feier empfing die Compagnie 1861 die Teilnehmer bei schönstem Herbstwetter mit drei Salven. Nach dem Marsch zur Landihalle und einem Apéro teilte sich die Gesellschaft auf. Die einen genossen ein Risottoessen, die geladenen Gäste die Nachfeier im Stadthofsaal. Und dort kam Regierungsrat Ernst Stocker nochmals auf oben er-

wähnte Kanzel zu sprechen. Die steile Treppe, die zu ihr hoch führt, bereitet ihm Sorgen. Scholl habe in seiner Rede ja die Arbeitsplatzsicherheit thematisiert. Wie der Auf- und Abstieg der Vor- und Hauptredner gezeigt habe, sei diese hier nicht gewährleistet. Und weil ihm das Wohl der Besucher offenbar am Herzen liegt, übernimmt er gleich die ganzen Kosten für das abendliche Risotto. Und er wolle mindestens versuchen, dass der Regierungsrat dies bei den künftigen Ustertag-Feiern ebenso halte.

Vielleicht versucht sich da der Regierungsrat mit Uster gut zu stellen. So erinnerte die Stadtpräsidentin an der traditionellen Nachfeier, an der ebenso traditionell gefrotzelt wird, an den jüngst wieder von der SVP vertieften Stadt-Land-Graben. Während dieser Diskussion sei auch die Idee aufgekommen, Uster statt Zürich zur Kantonshauptstadt zu erheben. Natürlich zeigte sich Barbara Thalmann ob dieser Idee erfreut, «zumal die SVP offenbar die hiesige links-grüne Regierung gut findet».

Zu den regelmässigen Spendern am Ustertag gehören auch die beiden See-

gemeinden Küsnacht und Stäfa. Sie kredenzen jeweils ihren Wein. Ustertag-Obmann Werner Egli bedankte sich bereits in der Kirche für «diesen direkten und flüssigen Finanzausgleich». Diesmal allerdings stammte der Küsnachter Wein aus der halben Schweiz. Ein Spätfrost hatte fast der ganzen Traubenernte den Garaus gemacht. Doch Tessiner, Aargauer, Bündner, Waadtländer und Zürcher Winzer sprangen ein. Das Resultat: ein roter «Plan B»-Cuvée.

Noch mehr von diesem Wein liess der Küsnachter Gemeindepräsident Markus Ernst an der Nachfeier verteilen – an all jene, die er aufs Korn nahm. Er fing beim ehemaligen SVP-Nationalrat Claudio Zanetti aus Gossau an. Dieser war an der letzten Grossdemo gegen das Covid-Gesetz als Redner aufgetreten und nun am zertifikatspflichtigen Ustertag mit dabei. Den Tafelmajoren Thomas Hürlimann bedachte er mit einer Flasche wegen dessen permanenten Hervorheben seiner neu entstandenen Mitte-Partei.

Gegen den Hauptredner spötelte Ernst: «Er ist seit 40 Jahren bei der ZKB.

Nach diesem ausführlichen und abschliessenden Lebenslauf gibt es auch für ihn eine Weinflasche.» Und schliesslich nahm er auch seine eigene Gemeinde ins Visier. Kürzlich habe ein deutscher Steuerflüchtling an einem Bankschalter zum Angestellten geflüstert, dass er hier zwei Millionen habe. Darauf habe der Banker gemeint: «Sie brauchen nicht zu flüstern, in unserem sozialen Küsnacht ist Armut keine Schande.»

Alkoholische Schwaden

Den Glanzpunkt der diesjährigen Nachfeier setzte die Ustermer SVP-Gemeinderatspräsidentin Anita Borer. In Reimen teilte sie nach links und rechts aus. Hier ein kurzer Auszug:

«De Scholl, dä tänkt no positiv,
Doch zins tuet er negativ!
Dank eus're kantonale Bank,
Sind alli zäme schliessli blank!
Werum mer s'Gält zur Bank gliich
treit...?
Mer bringts vor sich in Sicherheit.
All Thalmä sind, ... das isch kei Glosse,
Scho sit Jahrhunderte Genosse:

Christian Brändli